

**Ordentlicher Landesparteitag  
19.04.2008, Schleswig**

**AntragstellerInnen:**

LAG Europa-, Friedens- und  
Außenpolitik  
Angelika Beer, KV Neumünster  
Rainer Steenblock, KV Pinneberg  
Marlies Fritzen, KV Ostholstein  
Dr. Jörg Nickel, KV Kiel  
Kirsten Wegner, KV Kiel

**Gegenstand:**

**Munitionslasten  
Nord- und Ostsee**

**A 6**

**Befasst**

- ja  
 nein

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Europäischer Tag des Meeres:  
Problem der Munitionsaltlasten in Nord- und  
Ostsee endlich anpacken!**

Der 20. Mai ist der Europäische Tag des Meeres. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung Schleswig-Holsteins wie auch die Landesregierungen der anderen deutschen Küstenländer und die Bundesregierung dringend auf, sich dem Problem der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu stellen.

Noch immer liegen Hunderttausende Tonnen unterschiedlichster Munitionsaltlasten insbesondere auf dem Grund unserer Küsten. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind nach einer unabhängigen Statistik mindestens 581 Menschen Opfer von Unfällen mit Munitionsaltlasten geworden, mindestens 283 verloren ihr Leben. Regelmäßig werden neue Rüstungsaltlasten aus Nord- und Ostsee gefischt, an die Küsten gespült oder von Sporttauchern geortet. Neue Gefahren gehen von der versenkten Munition aus, da die Torpedos, Minen und Bomben langsam aber sicher durchrosten und ihre Spreng- oder Kampfstoffe freisetzen.

Für die Bewertung der Gefahren und Risiken, die von Munitionsaltlasten ausgehen, fehlen grundlegende Daten wie Unfallstatistiken und

**Vertagt**

- ja  
 nein

**Überwiesen  
an:**

**Abstimmung**

Ja \_\_\_\_\_

Nein \_\_\_\_\_

Enth. \_\_\_\_\_

umfassende Kartierungen. Unklar ist nach wie vor, welche Gefahren die Freisetzungen der verschiedenen Spreng- oder Kampfstoffe für die Meeresumwelt und nicht zuletzt über die Nahrungskette für die Menschen nach sich ziehen. Sprengungen von Munitionsaltlasten lösen das Problem in den wenigstens Fällen, sondern verursachen regelmäßig neue Gefahren. So stellen Sprengungen mit ihren gewaltigen Schallwellen schwere Störungen u.a. für Meeressäuger dar.

Zusätzlich erschwert wird die Gefahrenabwehr durch teilweise unklare Zuständigkeiten, bzw. gegenseitige Verantwortungszuweisungen durch verschiedene Behörden. Aus Angst vor Kosten für Sicherungs- oder Räumungsmaßnahmen verschließen Behörden immer wieder die Augen vor konkreten Gefahren und leugnen selbst in offensichtlichen Fällen, dass es sich um Munitionsunfälle handelt. In den vergangenen Monaten konnten nur durch entschiedenen öffentlichen Druck derartige Vertuschungsversuche verhindert werden:

- Trotz mehrerer Anfragen an den Hamburger Senat weigerte sich dieser, seine zentrale Unfallstatistik, die er zentral für alle Küstenländer führt oder zumindest führte, zu veröffentlichen. Eine erste private Unfallstatistik, die diese mangelnde Informationspolitik der Behörden beendet und alle öffentlich bekannten Informationen zusammenfasst, ist soeben erschienen.
- Am 5. August 2007 zogen sich zwei Kinder am Strand von Gammendorf auf Fehmarn schwere Brandverletzungen zu. Während verschiedene unabhängige Experten und die Medien von einem Phosphor-Unfall ausgehen, verbreitet das Innenministerium eine Grillkohlentheorie. Grillkohlen wurden aber an der Unfallstelle nicht gefunden, Kohlenreste an den Wunden ebenso wenig.
- Im vergangenen Jahr entdeckte ein Fernseheteam vor der Kieler Förde 70 Torpedo-Sprengköpfe und Minen, die teilweise bereits durchgerostet waren und Sprengstoff freisetzen. Erst auf öffentlichen Druck wurden chemische Untersuchungen durchgeführt und die Sprengung vorgenommen.
- Immer wieder betonen die Landesbehörden, dass von freigesetzten Spreng- oder Kampfstoffen keine Gefahr für die Meeresumwelt oder über die Nahrungskette für den Menschen bestehe. Aktuelle Messungen des Instituts für Toxologie der Kieler Universität haben aber eine erhöhte Arsenkonzentrationen in Schollen aus der Ostsee ergeben. Arsen-Verbindungen sind in Kampfstoffen enthalten, die in der Nähe von Bornholm und Gotland versenkt wurden.

- Erst auf erheblichen öffentlichen Druck entschied sich die Landesregierung, 15 Giftgas-Flaschen zu bergen, die auf dem Grund der Lübecker Bucht liegen. Die Behälter mit hochgiftigem Inhalt waren 1961 in der Ostsee nahe Lübeck versenkt worden. Obwohl Behörden die Verklappung seinerzeit genehmigt hatten, blieb eine erste Suchaktion des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) erfolglos. Wieder ein privater Hinweis führte zu dem Ergebnis, dass die Flaschen vermutlich schon 2001 geortet wurden.

**Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf:**

- Transparenz bezüglich der Unfallstatistik, möglichen Gefahrenzonen und Risikoabschätzungen im Zusammenhang mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu schaffen;
- eine umfassende Meldepflicht für alle Unfälle und Verdachtsfälle mit Munitionsaltlasten, für alle Kampfmittelfunde in der Fischerei sowie für sämtliche Kampfmittelverluste durch die Bundeswehr und NATO-Verbündeten einzuführen;
- sich für eine Zuständigkeitsklärung zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Führung und Veröffentlichung von Unfallstatistiken, der Bewertung von Munitionsverdachtsflächen, der Sicherung und Warnung sowie der der Übernahme ggf. anfallender Entsorgungskosten einzusetzen;
- eine umfassende und präzise Eintragung aller kampfmittelbelasteten Flächen (einschließlich Verdachtsflächen) in die amtlichen Seekarten vorzunehmen;
- sich für eine Offenlegung der von den Alliierten versenkten Munition und Versenkungsgebiete einzusetzen;
- eine umfassende Studie zur Gefährdungsabschätzung für Mensch und Umwelt zusammenzustellen. Dabei sollen auch die Aspekte Fischereiwirtschaft sowie die Sicherheit des Schiffsverkehrs einfließen;
- Bezug nehmend auf die Ergebnisse der Studie in einem weiteren Schritt Handlungsmöglichkeiten zur Gefahrenabwehr zu erarbeiten, indem auch die Frage der Verursachung und Kostentragungspflicht untersucht werden soll;

- regelmäßige Untersuchungen zur Lage von Munitionsaltlasten durchzuführen mit dem Ziel, die ökologische Belastung einzuschätzen, seriöse Gefahrenanalysen zu ermöglichen und gegebenenfalls Sicherungs- bzw. Bergungsmaßnahmen zu veranlassen;
- die besondere Rolle, die Schleswig-Holstein im Rahmen der Europäischen Meerespolitik im Ausschuss der Regionen der EU spielt, auch für eine stärkere Berücksichtigung des Munitionsaltlastenproblems in der EU zu nutzen;
- alle bekannten Phosphor-Problemgebiete, u.a. Laboe und Tossens, klar zu kennzeichnen und das Bernsteinsammeln in diesen Gebieten zu verbieten;
- sich für ein Verbot der Grundsleppnetzfisherei in allen ausgewiesenen Kampfmittelflächen einzusetzen;
- eine Regelung für aufgefischte Munition zu erarbeiten, die sowohl die Sicherheit der Fischer als auch der Bergung bzw. Sicherung der Munition Rechnung trägt. Sinnvoll erscheinen hier sowohl Schulungsmaßnahmen für Fischereibetriebe zum Umgang mit Munition sowie Anreize, dass Fischer die genauen Positionsdaten der Rückwurfstelle an die zuständigen Behörden weiterleiten.
- innovative Maßnahmen zur Sicherung und Bergung weiter zu prüfen, zu testen und finanziell zu fördern, wie sie bei einer Konferenz von Naturschutzverbänden im Oktober 2007 in Kiel vorgestellt wurden und mit den Probesprengungen unter Einsatz eines Unterwasserschallschutzes durch einen Blasenvorhang bereits begonnen wurden.